

Protokoll

**über die Bürgerinformationsveranstaltung
zu Straßenumbenennungen in Fürstenfeldbruck**

Sitzungsort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

09.06.2016

Sitzungstag: Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend: _____ Bemerkungen: _____

3. Bürgermeisterin

Geißler, Karin

Schrittführer/in

Karpen-Klein, Nicole

Stadträte

Danke, Karl

Droth, Markus

Heimerl, Philipp

Klemenz, Dr. Brigitta

Koch, Simone

Lohde, Andreas

Neuhierl, Franz

Streifeneder, Jens

Ströhle, Dr. Andreas

Wollenberg, Dr. Klaus

Zierl, Dr. Alexa

Verwaltung

Neumeier, Gerhard Dr.

sowie ca. 70 Bürgerinnen und Bürger, Anwohner und Anlieger

Frau 3. Bürgermeisterin Karin Geißler eröffnet die 4. Bürgerinformationsveranstaltung und begrüßt alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger, Anwohner und Anlieger sowie die Stadtratsmitglieder und die Vertreter der Verwaltung.

Sie erläutert, dass der Kultur- und Werkausschuss beschlossen hat einige Straßen in der Stadt Fürstenfeldbruck umzubenennen und bevor dies endgültig entschieden wird, sind die Bürger eingeladen worden. Sie versteht, dass es ein emotionales Thema für betroffene Anwohner und andere Bürger ist und bittet um eine ruhige und sachliche Diskussion. Sie weist darauf hin, dass die Anregungen und Meinungen aufgezeichnet werden und bittet bei den Wortmeldungen um Namen- und Straßennennung und sichert zu, dass nach Erstellung des Protokolls die Aufzeichnungen gelöscht werden.

Sie erläutert kurz, wie es zu dem heutigen Informationstag gekommen ist: Der Kultur- und Werkausschuss hatte am 26.06.2013 beschlossen einen „Arbeitskreis Straßennamen“ einzurichten. Dieser befasste sich mit dem Stadtgebiet insgesamt und geprüft hat welche Straßennamen evtl. kritisch sind bzw. ob diese evtl. umbenannt werden oder bestehen bleiben. Insgesamt fanden 6 Sitzungen des Arbeitskreises in 2014/2015 statt. Der Abschlussbericht wurde dem Kultur- und Werkausschuss in seiner Sitzung am 25.03.2015 vorgestellt und darüber ein Beschluss gefasst. Der Kultur und Werkausschuss hat mit großen Mehrheiten (12:3) beschlossen die Straßen umzubenennen. Als Zwischenschritt sind die Bürgerversammlungen einberufen werden. Die endgültige Beschlussfassung muss dann noch im Stadtrat erfolgen.

Um die Frage „Warum gerade unsere Straße“ vorweg zu beantworten erläutert sie die Vorgehensweise des Arbeitskreises anhand des Kriterienkatalogs (Folie 4 Anlage 1).

Herr **Stadtarchivar Dr. Neumeier** berichtet über die Personen „Wernher-von-Braun-Straße und Hindenburgstraße (Anlage 2).

Frau 3. Bgm. 'in Geißler bedankt sich für die Ausführungen und erteilt den Anwesenden das Wort.

Herr **Gerhard Früchtel**, erklärt, dass er seit 12 Jahren in der Wernher-von-Braun-Straße, wohnt und nennt Wernher von Braun einen entnazifizierten amerikanischen Staatsbürger, ein Mann von Weltgeltung, er ist einer der Väter der Mondlandung. Herr Früchtel wirft dem Stadtrat vor dieses Entnazifizierungs-, Integrations- und Einbürgerungsverfahren in Frage zu stellen. Der Stadtrat würde Menschen und die Schutzmacht USA provozieren, denunzieren und diskriminieren. Er ist empört über den Beschluss den Anwohnern nur 50% der Kosten zu erstatten und ist der Auffassung, dass der Stadtrat für seine Fehlleistung aufkommen muss. Herr Früchtel wirft dem Stadtrat fehlendes Rechtsbewusstsein vor, da 50 % Kostenerstattung zu wenig seien und äußert, dass der Stadtrat seine zwei Fehlleistungen evtl. toppen kann indem er die Entscheidung zur Umbenennung ohne Befragung der Anwohner der Wernher-von-Braun-Straße durchführt.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler erklärt dass der Kultur- und Werkausschuss beschlossen hat die Kosten bis zu 50% auf Antrag zu übernehmen und weist auf eine Härtefallregelung hin.

Herr **Leo Leckenwalter** (Wernher-von-Braun-Straße) bemerkt, dass Herr Neumeier Herrn Wernher von Braun sehr ausführlich in seiner SS-Zeit beschrieben hat und auch

die Ernennung zum Professor von Hitler erwähnt hat. Er fragt sich, warum Herr Dr. Neumeier die Auszeichnungen der Bundesrepublik Deutschland von Wernher von Braun nicht genannt hat. Die Auszeichnungen sind ihm wichtig und er führt diese auf:

- 1959 Verleihung des großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, dies war 14 Jahre nach dem Krieg und die Auszeichner waren sehr nah an der SS-Zeit.
- 1969 Verleihung der Wilhelm-Exner-Medaille
- 1970 Großes Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Auch hier haben die Verleiher berücksichtigt was er in der Nachkriegszeit gemacht hat.
- 1975 wurde er mit der Goldenen Medaille der Humboldt-Gesellschaft ausgezeichnet
- Weitere 30 Auszeichnungen von verschiedenen Hochschulen

Seiner Meinung nach sind diese Auszeichnungen enorm und betont, dass diese alle nach Kriegsende verliehen worden sind. Herr Leckenwalter ist sehr betroffen und beschreibt die bisherigen Umbenennungen der Wernher-von-Braun-Straße. Als seine Schwiegereltern dort gebaut haben war es die „Aicher Straße“. Dann wurde die Straße wegen Umlegung umbenannt in „Kaiser-Ludwig-Straße“. 1978 wurde Puch und Aich zusammengelegt und es gab zwei „Kaiser-Ludwig-Straßen“. Puch hat den Namen behalten können und es gab wieder eine Umbenennung in die „Wernher-von-Braun-Straße“. Er zeigt Unverständnis für die jetzige Umbenennung. Herr Leckenwalter ist der Auffassung, dass die Kosten die Stadt tragen muss, wenn der Stadtrat die Umbenennung vornimmt. Er möchte in Erinnerung bringen, dass die BBV und auch andere Parteien für mehr Bürgerbeteiligungen sind und dass es ein Wahlversprechen war mehr Bürgerbefragung und Bürgerentscheide durchzuführen. Er bittet darum, die Bürger und die Anwohner entscheiden zu lassen. Anhand der Entscheidung kann der Stadtrat dann eine Entscheidung fällen.

Frau 3. Bgm.'in Geißler merkt an, dass bei einem Bürgerentscheid alle Bürger befragt werden und nicht nur die Anwohner.

Herr **Gerd Spohd**, Anwohner Wernher-von-Braun, meldet sich zu Wort. Er ist der Initiator der Befragung, die er eigentlich dem zweiten Bürgermeister übergeben wollte. Er geht davon aus, dass Frau Geißler diese entgegen nimmt. Es handelt sich um die Liste, die die Anlieger vor einem Jahr unterschrieben haben und aus der eindeutig hervorgeht, dass das Vorhaben des Ausschusses die Wernher-von-Braun-Straße umzubenennen abgelehnt wird. Den von Herrn Dr. Neumeier zitierten Biographen Eisfeld kann er nicht empfehlen. Er verweist auf die neutrale Biographie eines international anerkannten Autors von Wernher von Braun, welcher nicht nur ein Abschnitt von 12 Jahre beschreibt. Zur Geschichte Wernher von Braun führt Herr Spohd aus, dass dieser bereits mit 18 Jahren als Schüler das Ingenieurwesen entdeckte. Wernher von Braun hat mit 15 Jahren angefangen Raketen zu bauen, die sozusagen die Anfangsmodelle waren. Im Übrigen verweist Herr Spohd ausdrücklich darauf, dass Werner von Braun ein Raketentriebswerktechniker war. Es kommt immer auf den Nutzer an, was er aus einer Entwicklung macht.

Er ist der Auffassung, dass die moralische Beurteilung von Wernher von Braun nach Jahren nach seinem Tod und nur aus Dokumenten heraus schwer möglich ist. Herr Spohd bedankt sich für die Einladung zur heutigen Versammlung und betont, dass es Demokratie ist, wenn er seinen Standpunkt darlegen darf.

Er verliest die in Anlage 3 und 4 beigefügten Ausführungen.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler nimmt die Unterlagen entgegen.

Frau Beer (Wernher-von-Braun-Straße) fragt nach, warum man die Straße 1978 so benannt war, obwohl bekannt war, was er getan hat.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler führt aus, dass der Zeitgeist sicherlich eine Rolle gespielt hat.

Frank Turner meldet sich zu Wort und erklärt, dass er zwei GmbHs in der Wernher-von-Braun-Straße hat und dass mit der Umbenennung Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Firma beschäftigt 10 Personen, hat zwar seine Büros am Oskar-von-Miller-Ring, aber der Hauptsitz ist in der Wernher-von-Braun-Straße. D.h. wenn die Namensumstellung kommt hat er Verluste von 4.000,- bis 5.000,- Euro und einen Cash-Flow-Verlust von 110.000,- bis 130.000,- Euro über ein halbes Jahr. Zur Begründung gibt er an, dass Rechnungsadressen von ausgelagerten Finanzbuchhaltungen nur wörtlich verglichen werden und wenn diese falsch ist weil die Stammdaten parallel zu den in Umlauf gesetzten Rechnungen nicht stimmt, dann wird nicht gezahlt und das zieht sich über 30 bis 50 Tage. Damit wäre dann ein 10-Mann-Unternehmen pleite. Er schlägt vor eine Stele zu bauen um Schatten und Licht um Wernher von Braun darzustellen.

Die Kostendiskussion möchte **Frau 3. Bgm. 'in Geißler** nicht führen. Sie fragt nach, ob die Firma Patente oder Marken angemeldet hat. Herr Turner verneint dies.

Sie schildert, dass sie mit ihrem Arbeitgeber (25 Mitarbeiter) ebenfalls vor einem Umzug steht und nachgefragt hat, welche Kosten daraus entstehen. Es wären geschätzte 2.000,- bis 4.000,- Euro. Die Kosten entstehen durch dem Neudruck von Briefpapier und Visitenkarten sowie Mitteilungen an die entsprechenden Unternehmen.

Herr Turner antwortet, dass es auf die Kosten nicht ankommt, sondern auf den Cash-Flow, da keine Rechnungen gezahlt werden.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler kann dies aus der Erfahrung ihrer Firma, die ebenfalls Großkonzerne als Kunden hat, so nicht bestätigen.

Eine weitere Wortmeldung kommt von **Werner Pucher**, Wernher-von-Braun-Straße, er geht noch mal auf die Anmerkung von Frau Beer ein und meint, dass die Diskussion um die Wernher-von-Braun-Straße sich in einem Punkt von allen anderen unterscheidet: die späte Namensgebung im Jahre 1978. Er findet, dass Frau Bgm. 'in Geißler dies als nicht so wichtig eingestuft hat und wünscht sich vom Kulturausschuss oder auch vom Archivar Herrn Dr. Neumeier, dass auch zu dem Thema etwas gesagt wird. Er geht davon aus, dass eine Reihe der Personen, die die Namensgebung vorgenommen haben, ihre Entscheidung sicherlich nochmal darlegen können. Für stellt sich die Frage: was weiß der Kulturausschuss heute mehr oder besser als 1978? Er findet, dass 1978 noch nicht so lange her ist.

Herr Dr. Neumeier antwortet, dass die Abstimmung damals „zu Null“ ausgefallen war und die Begründung 1978 „Weltraumpionier“ war.

Herr Turner bedankt sich bei Herrn Dr. Neumeier für die Ausführungen zu Beginn der Informationsveranstaltungen ihm ist aber auch aufgefallen, dass er sich nur auf ein Buch stützt. Und stellt erneut die Frage, was man heute mehr weiß als 1978. Weiterhin fragt er nach, was es genau heißt dass „ein Beschluss gefasst ist“. Nach seiner Auffassung ist ein Ausschuss ein Ausschuss von Volksvertretern und zur Vertretung des Volkes da. Arbeitskreise können gebildet, Informationen können eingeholt und dann können Vorschläge erarbeitet werden. Er fragt auf welcher Basis entscheiden hier für das Volk entschieden wird, ohne das Volk jemals gefragt zu haben?

Zur Erklärung gibt **Frau 3. Bgm.'in Geißler** an, dass es zum Wirkungskreis der Stadt gehört, dass der Stadtrat über die Straßennamen entscheidet. Dies ist in der Gemeindeordnung festgelegt. Es gibt keine Festlegung zur Straßennamensgebung durch Volksabstimmung oder Bürgerabstimmung. Der Kultur- und Werkausschuss hat dem Stadtrat eine Empfehlung abgegeben.

Als nächstes kommt **Herr Andreas Tierschel** zu Wort. Er fragt nach dem tieferen Sinn der Umbenennung. Er gibt zu bedenken, dass bei Straßenumbenennung in 20 oder 30 Jahren niemand mehr weiß, dass diese Straße existiert hat. Wenn man aber die Verbrechen des Nationalsozialismus hervorheben will, sollte es eine Mahnung für zukünftige Generationen sein. Er schlägt vor, dass das Geld für die Kosten der Umbenennung für ein Mahnmal oder ein Stele gegenüber am Regenrückhaltebecken beim Parkplatz verwendet wird.

Daraufhin antwortet **Frau 3. Bgm.'in Geißler**, dass diese Thematik auf den anderen Veranstaltungen ebenfalls angesprochen wurde und erläutert, dass die Benennung einer Straße nach einer Person eine Ehrung darstellt und sich die Frage stellt, ob man diese Ehrung aufrecht erhalten möchte oder nicht. Sie stimmt zu, dass mit einem Schild unter dem Straßennamen in der Stadt sicherlich einiges bewirkt werden kann. Aber dafür müssten die Menschen daran vorbei gehen. Auf der Postadresse fehlt dieser Hinweis und es stellt trotzdem eine gewisse Ehre dar. Ob es sinnvoll ist, den Namen beizubehalten, zu ändern oder mit einem Schild zu versehen, wird noch mit Diskussionen im Stadtrat einhergehen.

Herr Tierschel erzählt, dass er in Peenemünde das Mahnmal gesehen und erschüttert war. Er findet nach wie vor, dass ein Mahnmal das geeignetste ist. Er behauptet, dass es für die Politiker ein besseres Bild in der Öffentlichkeit gibt, als eine simple Umbenennung und glaubt, dass dies mehr akzeptiert wird als eine Umbenennung.

Als nächstes meldet sich **Michael Strobel**, er hätte gerne die Argumente von den Mitgliedern des Ausschusses dargelegt bekommen warum das Abstimmungsergebnis so zustande gekommen ist. Vor allem vor dem Hintergrund dieser Namensgebung im Jahr 1978.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler fragt nach, ob jemand vom Kultur- und Werkausschuss anwesend ist, der dazu Stellung nehmen möchte.

Herr StR Dr. Wollenberg, Mitglied im Ausschuss und im Arbeitskreis, führt aus, dass er gegen die Abschaffung gestimmt hat. Zur Begründung gibt er an, dass er als Kind bzw. Jugendlicher über das Raketenprogramm Apollo begeistert war. Um das ganze Vorhaben zu befrieden verweist er auf einen Vorschlag des früheren StR Mitgliedes Ziegelmeyer (BBV), einen Zusatz unter das Namensschild Wernher-von-Braun-Straße anzubringen und diese geteilte Vita „vor 1945“ und „nach 1945“ zum Ausdruck zu bringen. Er sagt, dass StR Streifeneder heute anwesend ist und 1978 schon im Stadtrat war. Weiterhin beschreibt er, dass als Ursache die neue Technik, die Mondfahrt und das Raketenprogramm alle begeistert haben. Die Gründe für den Ausschuss die Straße jetzt umzubenennen waren neue Erkenntnisse über die Vergangenheit von Wernher von Braun. Hinzukommt, dass die Straße nicht wirklich in das Stadtgebiet passt, da es Ortsbezeichnungen wie „Aicher Straße“ oder Literaten wie „Goethe Straße“ gibt. Wernher von Braun ist da eher ein Unikum.

Er ist nicht dafür, die Straße umzubenennen und würde auch so im Stadtrat stimmen. Eine Kompromisslösung für ihn wäre die Anbringung einer Stele, Zusatztafel oder ein Zusatzschild.

Herr StR Jens Streifeneder bekundet, dass es 1977 keineswegs bekannt war, in welchen Verstrickungen Wernher von Braun verwickelt war und verweist auf die Kriterien des Arbeitskreises, die sich nicht mit der Zeit nach 1945 befassen, sondern um das Leben vor 1945. Wernher von Braun können zumindest zwei Kriterien zugeordnet werden: Mitgliedschaft in der NSDAP und der Angriffskrieg auf England.

Herr Seibold kann nicht verstehen, warum man Wernher von Braun eine Gesinnung unterstellt. Seiner Auffassung nach hat Wernher von Braun etwas Wichtiges entwickelt. Zur Verwirklichung hat er Kapital benötigt und ist gefördert worden.

Herr Michael Strobel (Wernher-von-Braun-Straße) nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn StR Dr. Wollenberg und Herrn StR Streifeneder und betont, dass es ihm um die Geschichte geht, egal wie man die Taten bewertet oder beleuchtet. Er wünscht sich vom Stadtrat, dass bei der Gewichtung der Entscheidung darauf Rücksicht genommen wird, dass Menschen der deutschen Geschichte mit der Umbenennung ausgelöscht werden und damit auch die Problematik der damaligen Zeit. Mit der Auslegung von Biografien eines Verfassers gegen die Biografie eines anderen Verfassers ist es seiner Meinung nach nicht darzustellen und abzuwägen.

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zahner (Hindenburgstraße). Er erläutert, dass in Deutschland mehrere SS-Straßennamen zu Recht umbenannt worden sind und wenn man sich auf die Suche nach weiteren Straßennamen macht, kommt man automatisch auf den Namen Hindenburg. Demgegenüber muss gesagt werden, dass es ca. noch 300 bis 400 Hindenburgstraße gibt. Eine bekanntesten ist der Hindenburgdamm 30, die Charité. Ebenso der Hindenburgdamm in Sylt, der die Insel mit dem Festland verbindet. Derzeit ist von diesen beiden Straßen keine Umbenennung bekannt. Er bestätigt die Ausführungen von Herrn Dr. Neumeier bekräftigt, dass Hindenburg in einer demokratischen Wahl zum Reichspräsident gewählt worden ist und auch der einzige demokratisch gewählte Reichspräsidenten war. Hindenburg musste aufgrund der Verfassung Hitler als Reichskanzler nominieren. Hindenburg ist 1934 verstorben. Er hat sich die Mühe gemacht, alle Bewohner der Straße zu befragen und ihre Meinung darzustellen und weist auf die Liste hin, die er der Bürgermeisterin übergeben wird. Zusammenfassend ist zu sagen, dass geschichtliche Ereignisse nicht ausradiert werden sollen Aufgabe ist es vielmehr die nachfolgenden Generationen darüber aufzuklären, was zu den Geschehnissen geführt hat und welche Rollen die betreffenden Personen gespielt haben. Eine Auswechslung der Straßennamen ist daher nicht dienlich. Daher schlagen die Anwohner vor das Anbringen von Informationstafeln vorzunehmen. Er weist darauf hin, dass es in Fürstenfeldbruck andere Probleme gibt, die wichtiger sind und auf dessen Lösung die Bürger seit Jahren warten.

Frau Gaby Schwero-Rogg (Hindenburgstraße 14) schildert ebenso die zeitliche Schiene von Paul Hindenburg. Sie plädiert für den Erhalt des Namens, da er nicht vergessen werden darf. Ihrer Ansicht nach wäre ein Blumenname oder ein sonstiger Name unpassend. Egal welches Unheil von Paul Hindenburg verursacht wurde, die Erinnerung an ihn ist wichtig. Frau Schwero-Rogg ist auch der Meinung, dass es sich nicht um einen Ehrennamen handelt, aber die Beseitigung der Spur der Akteure der Nazizeit muss vermieden werden, denn die Vergangenheit ist auch die Geschichte aller. Sie ist

der Meinung, dass gerade in der heutigen Zeit, wo Gruppen randalieren oder sich bestimmte politische Gruppen ausländerfeindlich generieren, darf die Vergangenheit nicht ausgeschaltet werden. Sie schildert, dass die Bürger von Bad Tölz in einer besonders beeindruckenden Weise das Unheil der Vergangenheit durch viele Informationen, insbesondere in der Hindenburgstraße, gestaltet haben. Dort ist ein historisch politisches Mahnmal mit 10 Bild- und Textstelen (auch digital) installiert worden. Dargestellt wird wie damals ein Prozess ausgelöst wurde, der verheerende Folgen hatte. Dies soll für jüngere und zukünftige Generation als Lernprozess und zur Bewahrung der Geschichte dienen.

Frau Zahner verweist ausdrücklich auf die Unterschriftenliste, bei der die Umbenennung von allen Unterzeichneten abgelehnt wurde. Es gibt in der Straße eine Zeitzeugin, die 100 Jahre alt ist und das Leben von Hindenburg miterlebt hat. Frau Zahner schlägt vor die Anwohnerin in den Ausschuss zu laden und mit ihr über das Wirken von Paul Hindenburg zu diskutieren.

Frau 3. Bgm. 'in Geißler bedankt sich bei Frau Schürer-Mogg für den Wortbeitrag, der ihr gezeigt hat, dass die Bereitschaft vorhanden ist, sich mit den Menschen kritisch zu beschäftigen. Es gab andere Veranstaltungen bei denen klar wurde, dass die Namensbeibehaltung zur Ehre dienen sollte. Sie erkennt hier das Anliegen der Bewohner, dass es um das Bewusstsein für die Öffentlichkeit geht, welches weitergegeben werden soll.

Herr Möller weist darauf hin, dass selbst der Bundespräsident sagt, dass die Geschichte nicht vergessen werden soll und findet den Weg des Stadtrates „die Geschichte unter den Tisch zu kehren“ falsch.

Frau StR Dr. Klemenz entgegnet dem, dass nicht unter „Tisch gekehrt“ wird und sich der Arbeitskreis und der Ausschuss intensiv mit dem Themenbereich beschäftigt haben. Diese Voten wurden im Hinblick auf die Diskussion mit dem Stadtrat als auch mit den Bürgern im Vorfeld abgegeben. Sie verweist darauf, dass der demokratische Prozess eingehalten wird. Sie als Historikern wünscht sich ebenfalls, dass man sich mit den Themen beschäftigt, bewertet aber die Straßennamensgebung als Ehre. Das Beispiel von Bad Tölz und die Argumente der Bürger wird sie als Anregungen mitnehmen. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass nichts entschieden ist. Weiterhin erklärt sie, dass es unbestreitbar ist, dass Wernher von Braun nach Kriegsende Großes geleistet hat, gibt aber zu bedenken, dass es viele Menschen gegeben hat, die sich in der Zeit des Dritten Reiches für einen anderen Weg entschieden haben und zuletzt dafür mit dem Leben bezahlt haben. Die Ehrung mit einem Straßennamen, der die „schlechte“ Zeit weglässt und nur die gute Zeit beinhaltet kommt für sie nicht in Frage. In die Diskussion muss ebenfalls einfließen, dass es Menschen gab, die keine Ehrungen erhalten haben, obwohl sie sich für einen anderen Weg entschieden haben. Mit dem Thema soll ein Denk- und Entwicklungsprozess für die Brucker Bürger und Anwohner beginnen.

Florian Düll (Wernher-von-Braun-Straße) nimmt die Anregung des demokratischen Prozesses auf und weist darauf hin, dass Frau Dr. Klemenz ihre eigene Meinung „außen vorlassen“ soll und die Meinungen der Bürger vertreten soll. **Herr StR Neuhierl** klärt in seiner Eigenschaft als Jurist auf, dass es kein gebundenes Mandat ist und jeder nach seinem Gewissen abstimmen soll. Er und viele der Ausschussmitglieder haben sich alle Informationsveranstaltungen angehört und haben Hochachtung vor den Meinungen der Bürger. Er versichert, dass sich die Stadträte aufgrund der Diskussionen die Entscheidung nicht leicht machen werden.

Frau StR Zierl erläutert ebenfalls, dass sie die Anregungen mitnimmt, diese bedacht und diskutiert werden. Sie bedankt sich für die Mühen, die sich die Bürger mit den Ausführungen und Unterschriftenlisten gemacht haben. Sie bittet um Vertrauen und gibt zu verstehen, dass die Anregungen in die Abstimmung einfließen werden und die Empfehlung des Ausschusses nicht zwingend weitergeführt wird.

Frau Alexander Huber nennt einen Punkt, der bisher noch nicht genannt worden ist: die Straße heißt „nur“ Hindenburgstraße und nicht „Paul Hindenburg“. Der Hindenburgplatz wurde in Fürstenfeldbruck bereits nach der Entnazifizierung umbenannt. Die Straße wurde bereits 1932 Hindenburg genannt und liegt zeitnah nicht an der Machtergreifung.

Frau StR Dr. Klemenz meldet sich erneut und teilt ihr Anliegen mit: Die Aufteilung des Referates liegt bei ihr und Herrn Prof. Dr. Wollenberg. Ihr Part beinhaltet die Straßenumbenennung. Normalerweise wird sie nach einem Vorschlag befragt und Sie soll dann entscheiden. Anschließend berät der Stadtrat darüber. Diesen Prozess findet sie nicht gut, da sie die Entscheidung nicht alleine treffen möchte. Sie findet, dass dieses Thema breiter aufgestellt werden muss. Es muss zum Beispiel ein Pool mit Straßennamen geschaffen werden, denn wenn in Zukunft Neu- oder Umbenennungen bevorstehen, gäbe es schon Vorschläge. In diesem Zusammenhang verweist sie auf den Fliegerhorst, der als Stadtgebiet entwickelt wird und dann die Straßennamensgebung erneut aufkommt.

Es meldet sich Johannes Hieber und er „outet“ sich als einer der Befürworter für die Umbenennung der Wernher-von-Braun-Straße. Er meint, dass Menschen, die keine Ehrung verdienen auch kein Mahnmal oder eine Stele bekommen sollen. Weiterhin betont er, dass ihm und auch anderen in den 70er Jahren nicht bekannt war, was Wernher von Braun in Peenemünde getan hat. Alle waren begeistert über die Mondfahrt.

Frau StR Koch ist der Meinung, dass gelebte Geschichte gut ist, aber es ist auch Aufgabe der Eltern ist dies zu vermitteln.

Florian Düll äußert sein Unverständnis dafür, dass angeblich 1978 niemand in der Bundesrepublik Deutschland über die Taten von Wernher-von-Braun Bescheid wusste.

Frau 3. Bürgermeisterin Karin Geißler bittet abschließend Herrn Spohd um Zusendung der Unterlagen per E-Mail, damit diese den Stadträten zur Verfügung stehen.

Sie beendet die Informationsveranstaltung in dem Sie sich für die ruhige und argumentative Informationsveranstaltung bedankt und versichert den Bürgern, dass der Stadtrat sich die Entscheidung nicht leicht machen wird.

Karin Geißler
3. Bürgermeister

Nicole Karpen-Klein
Schriftführerin

Anlage 1 – Powerpointpräsentation

Anlage 2 – Bericht Dr. Neumeier

Anlage 3 – 20160609_Bürgerversammlung_zum_Vortrag → siehe Anlage 5

Anlage 4 – 20160609_Tabelle_Bürgerversammlung } siehe Anlage 7

Anlage 5 – Unterschriftenlisten_Hindenburgstraße

Der Stadtrat von Fürstenfeldbruck beschloss am 28.6.1977 aufgrund der bevorstehenden Eingemeindung von Puch und zur Verhinderung von Doppelnamen die Kaiser-Ludwig-Straße in Wernher-von-Braunstraße umzubenennen, mit dem Hinweis: „kürzlich verstorbener Weltraumpionier“, die Entscheidung fiel mit 25:0 Stimmen, am 12. Juli 1977 bestätigte der Kultur- und Sozialausschuss dies und verwies auf die Begründung in Klammern: Pionier der Weltraumfahrt 1912 – 1977, 8:0 Stimmen, zudem wurde beschlossen, auf dem Straßenschild einen Hinweis zur Person von Wernher-von-Braun anzubringen

Wer war Wernher von Braun? Geboren 1912, gestorben 1977, Promotion im Juli 1934 an der Berlin Universität, 1935 – 1937 Entwicklung eines Raketentriebwerks, das auf der Heinkel He 112 montiert wurde, 1937 – 1945 Technischer Direktor der Heeresversuchsanstalt Peenemünde. An der Heeresversuchsanstalt rückte die Kriegerakete als Großprojekt neben die Panzer-, U-Boot- und Kampfflugzeugproduktion. Mit dem Einsatz der Fernrakete sollte durch Hervorrufen von Panik und Desorganisation wesentlich zur Beendigung des Krieges beigetragen werden (Dornberger); Ende März 1942 hieß es vom Chef der Heeresversuchsanstalt, dass der Raketenbeschuss derart geplant sei, dass „bei Tag und Nacht in unregelmäßigen Zeitabständen, unabhängig von der Wetterlage, sich lohnende Ziele wie London, Industriegebiete, Hafenstädte unter Feuer genommen werden“.

von Braun war führender Konstrukteur der ersten, leistungsstarken Flüssigkeitsrakete (sog. V 2), und des Vorgängermodells A 4.

Am 20. August 1941 empfing Hitler Dornberger und von Braun, die einen Vortrag zur Wichtigkeit der A 4 hielten, das Ergebnis der Vorsprache bei Hitler war ein Führerentscheid: Mit sofortiger Wirkung wurde die gesamte Heeresversuchsanstalt in die Priorität „SS“ eingestuft, das Gesamtprojekt war hinfort im Hinblick auf Transportmittel, Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräften „mit allen Mitteln zu unterstützen“.

Das Heereswaffenamt wandte sich zu Jahresbeginn 1942 mit der Anfrage an das SS-Führungshauptamt, „welche Zahl an KZ-Häftlingen als Arbeitskräfte und wieviel und welche Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden können und welche KZ-Lager hierfür in Frage kommen“. Peenemünde existierte seit 1943 ein KZ-Außenlager, Mitte Juni 1943 trafen die ersten KZ-Häftlinge ein, die Häftlinge stammten aus dem KZ Buchenwald. Peenemünde war also tief verstrickt in die Funktions- und Herrschaftsmechanismen des NS-Regimes. Ab dem Jahr 1943 existierte ein weiteres KZ-Außenlager von Buchenwald: „Arbeitslager Dora“, bekannt unter dem Namen „Dora-Mittelbau“ in beiden Lagern wurden Zwangsarbeiter eingesetzt.

Bei der geplanten Untertageverlagerung besonders wichtiger Teile der Rüstungsproduktion wurde im Beisein von Brauns folgende Überlegungen angestellt, dies nach einem Luftangriff der britischen Royal Air Force im August 1943: „Es ist zweckmäßig, die gesamte Mittelteilfertigung und Heckfertigung sofort aus der F 1 herauszuverlagern, da die hierzu benötigten Maschinen und Vorrichtungen besonders schwer zu beschaffen sind ... Es wird jedoch für unzweckmäßig gehalten, diese Maschinen etwa bei den Raxwerken aufzustellen, da die Erfahrung gelehrt hat, dass die Raxwerke ebenso luftgefährdet sind wie Karlshagen. Hier müsste also schnellstens die Bereitstellung geeigneter Höhlen erfolgen“. Danach wurde ausgeführt: „Die Belegschaft für Mittelteile und Heckfabrikation könnte aus dem Häftlingslager F 1 gestellt werden. Das deutsche Führungspersonal ist dabei zuzugeben“. Im August 1943 begann somit die Existenz des Außenkommandos „Dora“. Ein Jahr später, mit Wirkung vom 1. Oktober 1944, sollte dieses Kommando auf Weisung der SS in ein selbständiges Konzentrationslager unter der Bezeichnung „Mittelbau“ umgewandelt werden. Bis zu

Montage der ersten drei A 4 Ende des Jahres war die Häftlingszahl auf nahezu 11000 gestiegen, bis Ende März 1945 verloren zwischen 2700 und 2900 Lagerinsassen ihr Leben. Wernher von Braun war also nicht nur in die Planung von Dora-Mittelbau involviert, sondern besuchte das Werk auch. Es kam hinzu, dass er bei der Auswahl von Buchenwald-Häftlingen für das Mittelwerk in Peenemünde mit der SS kooperierte. Auch war er maßgeblich beteiligt an der Planung einer weiteren unterirdischen Fabrik (Tarnbezeichnung „Zement“) im Salzkammergut, in der wiederum KZ-Häftlinge mit der Versuchsfertigung der Flugabwehrrakete „Wasserfall“ sowie des projektierten A 4-Nachfolgemodells A 9 beginnen sollten.

Wernher von Braun war national bis nationalistisch gesinnt, fixiert auf den Bau der Rakete, er zeigt sich bereit zu fortwährenden Konzessionen an das Regime, er legte die SS-Uniform an, als Himmler Peenemünde zum zweiten Mal besuchte, dies zeigte u.a. seine Verstrickung in die Verbrechen gegen KZ-Häftlinge, er war aktiv beteiligt am Prozess der Ausbeutung und beteiligt an der Kriegsführung des NS-Regimes. Wernher von Braun hatte an führender Stelle dazu beigetragen, eines der aufwendigsten Kriegsprojekte des NS-Staates zu verwirklichen.

Ab 1.5.1937 war von Braun NSDAP-Mitglied, wahrscheinlich vorwiegend aus Opportunismus, ab 1.5.1940 war er nach Aufforderung Himmlers SS-Mitglied, von Braun erhoffte sich eine Förderung seiner Raketenpläne, ab 28.6.1943 bekleidete er den Rang eines SS-Sturmbannführers, von Hitler wurde von Braun im Jahr 1943 persönlich zum Professor ernannt, Zuerkennung des Kriegsverdienstkreuzes, im Jahr 1944 Verleihung des Ritterkreuzes.

Die wissenschaftliche Grundlage dieser Ausführungen ist das Buch von Rainer Eisfeld „Mondsüchtig Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei“, erstmals erschienen 1996, ich beziehe mich auf die Neuauflage aus dem Jahr 2012.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war von Braun Teil der Operation Paperclip, einer Aktion der amerikanischen Besatzungsbehörde mit dem Ziel, möglichst viele in Peenemünde beschäftigte Wissenschaftler in die USA zu verbringen. Seit den späten 1940er Jahren war er mit Raketenentwicklungen in den USA beschäftigt, die teilweise auf den Erkenntnissen der V 2 beruhten, ab 1959 war er der NASA überstellt, 1960 – 1970 bekleidete er die Position des Direktors des Marshall Space Flight Centers in Alabama, entscheidende Mitwirkung am Apollo-Raumfahrt-Programm.

Die dargestellten Sachverhalte zur Rolle von Brauns aus der NS-Zeit sind die Argumente derjenigen Arbeitskreismitglieder, die sich für die Abschaffung des Straßennamens „Wernher-von-Braun-Straße“ in Fürstfeldbruck aussprechen.

Diejenigen Arbeitskreismitglieder, die sich für eine Beibehaltung des Straßennamens aussprechen, weisen auf die Rolle Wernher-von-Brauns als Weltraumpionier hin, im Krieg und danach. Er ist hoch anerkannt in den USA, ohne ihn hätte es kein Apollo-Programm und keine Mondlandung gegeben. Das Abstimmungsergebnis lautete 4:4.

Seit dem Jahr 1979 trug ein Gymnasium in Friedberg den Namen von Wernher von Braun, am 1. Februar 2014 wurde das Wernher-von-Braun Gymnasium, auch in Nachfolge eines Vortrags eines KZ-Überlebenden an der Schule, in Staatliches Gymnasium Friedberg umbenannt.

Der Marktgemeinderat Fürstentumbruck beschloss in seiner Sitzung vom 23. September 1932: „Nachfolgende Straßen werden wie folgt benannt: Die Straße von Süd nach Nord entlang dem Amtsgericht Hindenburgstraße“. Nach wem wurde diese Straße benannt?

Paul-von-Hindenburg (1847 – 1934) war zunächst ein deutscher Militär, der nach und nach die militärische Karriereleiter nach oben kletterte, im Jahr 1911 in Pension ging und erst bei Beginn des Ersten Weltkrieges reaktiviert wurde. Er genoss ab der Schlacht von Tannenberg im Jahr 1914 den Nimbus eines genialen Militärs. Ab dem Jahr 1916 war er als Chef des Generalstabs des Feldheeres Mitglied der Obersten Heeresleitung in Deutschland. Die Oberste Heeresleitung spielte spätestens dem Jahr 1917 eine entscheidende Rolle bei allen politischen Entscheidungen, Hindenburg war somit nicht nur Militär, sondern auch politischer Entscheidungsträger und genoss während des gesamten Kriegs unter allen Bevölkerungsschichten hohes Ansehen. Hindenburg befürwortete die Rekrutierung belgischer Zwangsarbeiter und er betrieb die Absetzung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg. Er setzte sich für eine bessere Ernährung der Industriearbeiterschaft ein und beanspruchte das Volk als Legitimationsbasis für politisches Handeln, er vertrat eine antipluralistische und antiparlamentarische Grundsatzposition, daher postulierte Hindenburg die Herstellung innerer Einheit als zentrale Voraussetzung für politische Aktionsfähigkeit nach außen. Die Herstellung innerer Homogenität führte bei Hindenburg wie bei Carl Schmitt, einem Juristen, der später den Nationalsozialisten als Kronjurist gelten sollte, zu der Konsequenz, Politik als Aufgabe zu betrachten, den inneren Feind zu identifizieren und schonungslos zu bekämpfen. Außenpolitisch sprach er sich für weitgehende Annexionen des deutschen Kaiserreichs aus: Im Jahr 1917 setzte er sich zusammen mit der Reichsleitung, der Obersten Heeresleitung und der Marineleitung für den Erwerb Litauens und Kurlands sowie eines polnischen Grenzstreifens ein, im Westen war Belgien als deutscher Satellitenstaat vorgesehen und er beanspruchte das französische Erzbecken von Longwy. Hindenburg setzte sich für einen Siegfrieden ein. Zu Beginn des Jahres 1918 leitete er aus seiner Stellung einen allumfassenden politischen Geltungsanspruch ab, der Friede von Brest-Litowsk mit Russland trug die Handschrift der Obersten Heeresleitung, dieser Friede wurde zum Synonym eines Diktatfriedens. Im Sommer des Jahres 1918 schätzte er die tatsächliche militärische Lage falsch ein. Er war einer der zentralen Urheber der sogenannten „Dolchstoßlegende“, die erstmals im August 1918 aufgestellt wurde und besagte, dass die militärische Niederlage nicht dem Versagen der obersten militärischen Führung anzulasten sei, sondern der Heimat, wo der Defätismus die Oberhand gewonnen habe, so dass das im Felde unbesiegte Heer sich im Stich gelassen sah. Im Herbst 1918 argumentierte Hindenburg: Nicht militärische Fehlentscheidungen oder die groteske Überschätzung des militärischen Potentials hätten das Deutsche Reich in die Katastrophe getrieben, sondern die fehlende Unterstützung aus der Heimat in Gestalt mangelnder und gesellschaftlicher Unterstützung für die kämpfende Truppe. Im Jahr 1919 wiederholte Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss der Weimarer seine Auffassung und vergiftete mit der Dolchstoßlegende damit das innenpolitische Klima langfristig mit fatalen Folgen.

Einerseits war Hindenburg Pragmatiker und empfahl Kaiser Wilhelm II. angesichts des verlorenen Krieges und der beginnenden Revolution die Abdankung, andererseits war Hindenburg Monarchist durch und durch und befürwortete nach dem Jahr 1918 die Restauration der Monarchie in Deutschland. Im Jahr 1925 wurde er zum ersten Mal auf demokratischem Weg zum Reichspräsidenten gewählt. Mit Hindenburg berief die Mehrheit der Wähler einen Mann an die Spitze des Staates, der ein zumindest ambivalentes Verhältnis zu den demokratischen Institutionen dieses Staatswesens unterhielt und der innerlich nie auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaates stand, auch wenn er sich in formaler Hinsicht lange Zeit durchaus pflichtschuldig an die geltenden Verfassungsregeln hielt, ohne allerdings ihren Geist zu erfassen. Hindenburg wurde im zweiten Wahlgang gewählt, er wurde vor allem von Rechtsparteien getragen. Ab dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition im März 1930 regierte Hindenburg durch den Einsatz

bislang noch nicht aktivierter präsidialer Befugnisse mit. Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung erlaubte dem Reichspräsidenten, bei inneren Krisen den normalen Gesetzgebungsvorgang zu verlassen und die erforderlichen Maßnahmen über Notverordnungen zu dekretieren. Im Jahr 1932, auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, wurde Hindenburg zum zweiten Mal, dieses Mal gegen Hitler und den Chef der KPD Thälmann, gewählt, auch mit Unterstützung der SPD.

Nach der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 durch Paul von Hindenburg billigte dieser alle Unterdrückungsmaßnahmen des NS-Regimes und befürwortete beispielsweise das Verbot aller Parteien im Frühjahr sowie Sommer des Jahres 1933 oder die Ausschaltung der SA im Jahr 1934, zudem protestierte er nicht gegen die Attacken auf die staatsbürgerliche Gleichheit Deutscher jüdischen Glaubens bereits im Frühjahr 1933.

Hitler hielt beispielsweise am 10. Februar 1933 eine Rede, seine Ausführungen waren ausgerichtet auf das Motto „Wiedergewinnung einer neuen deutschen Einheit“ und liefen auf einen leidenschaftlichen Appell hinaus, aus den „Klassen, Ständen und Berufen ... wieder ein einheitliches deutsches Volk zu machen“. Dass Hitler die „Novemberverbrecher“ und damit den „Marxismus“ für diese „Zerreißung der Nation“ verantwortlich machte und daraus seine Aufgabe ableitete, „den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten“ dürfte Hindenburgs Beifall gefunden haben. Zu dem Aufmarsch vor der Reichskanzlei am 30. Januar 1933 schrieb Hindenburg: „Patriotischer Aufschwung sehr erfreulich; Gott erhalte uns die Einigkeit“. Hindenburg ermöglichte Hitler einen Auftritt vor der Reichswehr, am 4.2.1933 erließ er die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes“, die massive Eingriffe in die Presse- und Versammlungsfreiheit ermöglichte und am 6.2.1933 machte Hindenburg durch einen reichspräsidentialen Eingriff mittels Artikel 48 den Weg frei zur Auflösung des preußischen Landtags. Vor der Reichstagswahl am 5.3.1933 ließ Hindenburg seinen Nimbus der NSDAP und ermöglichte es ihr, diese Wahlhilfe nach allen Regeln propagandistischer Kunst auszuschlachten, Hindenburg tauchte beispielsweise zusammen mit Hitler auf Wahlplakaten der NSDAP auf.

Der Hauptgrund, warum Hindenburg Hitler nach dessen Ernennung zum Reichskanzler in fast allen Punkten unterstützte, war, dass Hindenburg in Hitler den Garanten zur Wiederherstellung der nationalen Einheit betrachtete.

Ich zitiere abschließend den Münsteraner Historiker Hans-Ulrich Thamer: „Spätestens mit der großen Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta ist die zentrale Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik und dem Brückenschlag zur Diktatur unübersehbar und eindeutig belegbar geworden. Vor allem hat Pyta mit erdrückendem Quellenmaterial nachgewiesen, dass die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewusst als Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren. Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder Einflüsse, sondern er hatte ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen hoffte. Dieses Ziel war die nicht-verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären, nationalen Einheit oder „Volksgemeinschaft“, die keinen politischen Pluralismus dulden und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte. Darum hat Hindenburg seit 1929/30 aktiv an der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Zerstörung hingearbeitet. Als sein Projekt einer nationalen „Volksgemeinschaft“ sich nicht mehr ohne die Unterstützung der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen ließ, hat Hindenburg seit November 1932 in der Kanzlerschaft Hitlers einen Ausweg aus der Sackgasse gesehen, in die er und die Vertreter einer nationalen, auf die präsidiale Macht gestützten autoritären Lösung sich selbst manövriert hatten. Freilich sollte das Bündnis zu den Bedingungen der national-autoritären Kräfte und unter deren Kontrolle funktionieren. Der „Tag von Potsdam“ vom 21.3.1933 d. h. die Inszenierung einer nationalen

Erhebung des „alten“ gemeinsam mit dem „jungen“ Deutschland, versprach scheinbar die Verwirklichung dieses Projekts der nationalen „Volksgemeinschaft“, deren zutiefst gewaltsamer Charakter sich bereits zu diesem Zeitpunkt mit der brutalen Verfolgung der politischen Opposition und den ersten antisemitischen Gewaltaktionen abzeichnete. Hindenburg hat dennoch bis zum Ermächtigungsgesetz die NS-Politik der Verfolgung und Zerstörung der Rechtsordnung durch seine Notverordnungscompetenz legitimiert und auch danach bis zu seinem Tode 1934 die Etablierung d NS-Gewaltherrschaft hingenommen“.

Auch ich habe mich bei meinen Ausführungen zu Hindenburg auf das Buch von Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler aus dem Jahr 2007 bezogen.

Der Arbeitskreis sprach sich mit 6:2 Stimmen für die Abschaffung des Straßennamens Hindenburg-Straße aus, in der Kultur- und Werkausschusssitzung vom 25.3.2015 stimmten 12 Mitglieder für ein Abschaffung des Straßennamens Hindenburgstraße, 3 dagegen.

